

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

16 (8.2.1947)



Thema: Deutschland

Von Hans Blume

Ist man der englischen Sprache einigermaßen mächtig, so befindet man sich heute wieder, nach den vielen Jahren der Absperrung, in der glücklichen Lage, amerikanische und englische Zeitungen lesen zu können. Eine außerordentlich lehrreiche Beschäftigung in mehr als einer Beziehung! Geht man dieser Beschäftigung, sagen wir: aus beruflichen Gründen, regelmäßig nach, so fällt auf, daß sich besonders amerikanische Zeitungen viel mit dem deutschen Problem beschäftigen. Fast in jeder Ausgabe erscheinen Leitartikel, Korrespondentenberichte oder kurze Notizen, die das Thema „Deutschland“ zum Gegenstand haben.

Die deutsche Mentalität! Philosophen haben bei Erklärungsversuchen auf den Einfluß der Hegelschen Lehre auf den Staat im 19. Jahrhundert hingewiesen, auf Fichte und Treitschke, auf Nietzsches Lehre vom „Übermenschlichen“. Psychologen wie Jung haben versucht, die Theorie eines nationalen Minderwertigkeitskomplexes zu entwickeln. Historiker und Wirtschaftler haben greifbarere Tatsachen angeführt, die für ein intellektuelles Klima verantwortlich zu machen wären, das den Nationalsozialismus förderte. Im allgemeinen ist man im Ausland zu der übereinstimmenden Ansicht gekommen, daß die deutsche Mentalität krank ist und daß diese Krankheit Ursache vielen Elends ist, das heute die Welt beherrscht.

Als Betroffener könnte man beim Lesen dieser Artikel zu der Ansicht kommen, daß der Versuch, ein 60-Millionenvolk auf einen Nenner zu bringen, von vornherein scheitern müsse. Denn, an könnte argumentiert werden: 60 Millionen Einzelmenschen lassen sich nicht in eine Formel pressen, in der sich all ihre geistigen und seelischen Ausdrücke ausdrücken ließen. Diese Frage tritt nun bei näherer Betrachtung hinter einen anderen Gesichtspunkt zurück.

Wenn man nämlich all die Millionen Worte, die über Deutschland geschrieben worden sind, daraufhin untersucht, zu wessen Nutzen sie eigentlich zu Papier gebracht wurden, stößt man auf eine verblüffende Tatsache: uns, und nur uns zu helfen, sind sie bestimmt. Man ist nämlich drüber der Überzeugung, daß unser „Fall“ keineswegs unheilbar ist, und hat nicht die Absicht, auf uns eine Nazirassenlehre im umgekehrten Sinne anzuwenden. Im Gegenteil! Das was unter dem Begriffen Entmilitarisierung und Denazifizierung vor sich geht, ist der Anfang eines Riesenerziehungswerks, das sich die Alliierten vorgenommen haben.

Wie soll sich nun der Deutsche dazu stellen? Wenn man in glücklichen Friedensjahren ins Ausland fuhr, begegnete man gewöhnlich zwei Kategorien von Landsleuten. Die einen betrat das fremde Kloster mit eigenen Sitten, lehnten strikt alles ab, was ihnen geboten wurde und besahen sich hochmütig die „Gegend“. Die anderen gaben Heimat, Sprache, Herkunft beim Grenzübertritt auf, sprachen, kleideten sich und benahmten sich wie Einheimische und hatten eine große Angst, als Deutsche erkannt zu werden. Beide Kategorien waren im Ausland gleich „beliebt“. Natürlich bestätigten auch hier Ausnahmen die Regel.

Es kommt für uns darauf an, zu diesem Erziehungsplan Stellung zu nehmen. Daß der Deutsche im allgemeinen jedem neuen Erziehungsversuch nach den Erfahrungen der Vergangenheit skeptisch gegenübertritt, wird kaum ihm nicht verargt werden; jedes Volk wird jeden Versuch der Beeinflussung — und mag er wie diesen in bester Absicht geschehen —, der von außen an es herantritt, zuerst einmal mißtrauisch prüfen. Das ist verständlich. Nicht zu verzeihen aber wäre, wenn die Deutschen analog den beiden Kategorien von Auslandsreisenden dunkelhaft und hochmütig von vornherein diesen Versuch, sie draußen erprobt und bewährte Maximen über das Zusammenleben von Menschen und Völkern zu lehren, ablehnen würden; oder in demütiger Haltung mit dem Lippenbekenntnis der Anerkennung diesen Lehren vorbehaltlos folgen würden.

Man ist sich draußen mit einer erstaunlichen Einsicht in die eigenen Fehler völlig darüber im klaren, daß die ersten beiden Jahre dieser Erziehungsarbeit, die ja auf Generationen berechnet werden muß, keinen sehr glücklichen Anfang darstellen. Die Gründe dafür liegen in der Größe der deutschen Katastrophe, in Begleiterscheinungen der Besetzung und in der Verschiedenartigkeit der Auffassungen über Demokratie bei den Alliierten.

Das entbehrt uns Deutsche nicht der moralischen Pflicht, uns mit den Grundsätzen dieser uns neuen demokratischen Auffassung von Staat und Individuum zu befassen, ernsthaft zu beschäftigen. Sklavisch das nachzuahmen, was das Ausland uns zeigt, wird nicht von uns verlangt. Aber aus den als Beispiel vorgehaltenen Formen staatlichen Zusammenlebens das für uns Taugliche herauszusuchen, die Grundbegriffe der Demokratie, Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit uns zu eigen zu machen, sollten wir wenigstens versuchen. „Selbst“ wir können vom Ausland lernen. Wir können lernen, daß es ein großer Unterschied ist, ob man kritisch seine Fehler betrachtet und es in Zukunft besser zu machen versucht, oder ohne die Vergangenheit innerlich aufgeben zu wollen, vor Mitleid und Bedauern mit sich selbst vergißt, daß in Deutschland einiges wieder aufzubauen ist.

Je eher wir an diese Aufbauarbeit, die gleichzeitig die beste Erziehung wäre, herangehen, und zwar alle, desto schneller werden wir darüber hinwegkommen, daß uns ein Trugbild großer Zukunft vorgegaukelt worden ist. Eine ähnliche Illusion scheint auch heute noch einige zu beherrschen, wenn sie ihre letzten Hoffnungen in einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West sehen. Daß bei einer solchen der Aufbau Europas, ja der Welt einen neuen Aufschwung erlebte, daß Deutschland wie 1945 wieder Schlachtfeld würde, sollte eigentlich auch den begünstigten Landsknechten zu Bedenken geben. Und auch den größten Skeptikern müßte es auf Grund der Verhandlungsberichte aus New York und London ersichtlich geworden sein, daß die Welt sich zusammenzufinden beginnt. In dieser Welt werden auch wir einen Platz angewiesen bekommen; und wenn er bescheidener sein wird als wir einst meinten, beanspruchten zu müssen, so werden wir von ihm aus in steigendem Maße unsere Zukunft bestimmen können. Dann wird man unsere Erziehung uns selbst überlassen; wir sollten dabei nur nicht die Dankeschuld denen gegenüber vergessen, die ehrlich bemüht sind, uns die Anfangsgründe zu lehren.

Über die politische Säuberung

General McNarney verzeichnet gute Fortschritte — Die Durchführung der Weihnachtsamnestie

Berlin, 7. Febr. (dena) Wie General McNarney ausführte, erwarten die amerikanischen Stellen auf Grund der letzten Berichte von deutschen Kammern, daß das Entnazifizierungsprogramm im Jahre 1948 zum Abschluß gebracht sein wird. Die amerikanische Militärregierung habe mit Genugtuung die Fortschritte der Entnazifizierung während der letzten zwei Monate verfolgt, die in einer erhöhten Aktivität der Gerichte im Falle von Hauptschuldigen und Aktivisten, der höheren Zahl von Spruchkammern und der Hinzuziehung befähigter Personen begründet sei. Der General betonte, daß jedoch viele Deutsche noch zögern würden, als Zeugen aufzutreten, wenn ihre Aussagen für den Betroffenen belastend seien.

In Beantwortung der Fragen bezüglich einer wiedererstandenen nazistischen Untergrundbewegung sagte McNarney, daß Nachforschungen nirgends auf Spuren einer solchen Bewegung gestoßen seien. Er habe mehr umstritzlerische Tätigkeit erwartet, als in Wirklichkeit bestünde und sei überrascht, daß diese nicht zugenommen habe.

General McNarney sprach dann über das Jugendprogramm in Deutschland und erklärte, daß 35 Prozent der zwei Millionen 10-18jährigen Deutschen jetzt demokratischen Jugendorganisationen angehören, und daß anhand der diesbezüglichen Berichte seit August 1946 ein stetiger Rückgang in der Jugendkriminalität zu verzeichnen sei.

Erklärung Minister Kamms

Stuttgart, 7. Febr. (dena) „Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist in seinen Urzügen ein deutsches Gesetz“, erklärte am 5. Febr. der württembergische Sonderminister Gottlob Kamm.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Minister gegen die Behauptung, er habe den Fall Dr. Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendorfer unterschlagen wollen. Der öffentliche Ankläger dürfe keine Klage erheben, wenn die Angelegenheit des Befreiungsgesetzes dies nicht vorsehe. Von der Feststellung in den Kontrollratsrichtlinien Nr. 24, nach denen Parteigenossen seit dem 1. Mai 1937 leichter zu bewerten seien als Parteimitglieder, erklärte er, daß dies eine Idealismus der NSDAP beigetragen sei.

Ermächtigungsgesetz belastet

Mannheim, 7. Febr. (dena) „Die Delegierten der SPD Mannheim ersuchten die Landtagsfraktion, im Untersuchungsausschuß dafür einzutreten, daß die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz als belastend erklärt wird und vor der Spruchkammer verantwortet werden muß“, heißt es in einer Erklärung, die am 7. Febr. veröffentlicht wurde.

Nachstehend veröffentlichten wir noch eine Anzahl von Antworten aus Leserkreisen, die auf unsere Bitte um Stellungnahme zum Fall F. K. Maier contra Dr. R. Maier und Simpfendorfer eingingen. Die Fülle der Zuschriften und das Erfordernis der Aktualität gestatteten uns zu unserem Bedauern nur eine auszugswise Veröffentlichung eines Teiles der Zuschriften. Als Ergebnis ist festzustellen, daß 75 Prozent der Leser dem Vorgehen des amtsbunden öffentlichen Stuttgarter Anklägers zustimmen, hingegen sich knapp 25 Prozent gegen seine Haltung aussprechen. Die anonymen Schreiben sind hierbei nicht eingerechnet; wir schieden sie auch bei der Publikation aus.

Die Schriftleitung.

„Als Arbeiter im Betriebe kann ich Ihnen versichern, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft ohne Vorbehalt hinter dem öffentlichen Ankläger der Stuttgarter Spruchkammer, F. K. Maier, steht. Die Art und Weise, wie ich meine Ansicht zum Ausdruck bringe, mag etwas brutal erscheinen, aber es wird nun an der Zeit sein, daß Herr Minister Kamm von der Bläuliche verabschiedet.“ W.M. Durlach.

„Es muß reiner Tisch gemacht werden, mit alten Schlacken baut man keine Demokratie auf. Demokratie bedeutet nicht heute Nazi, morgen Demokrat. Also, sollen die Belasteten aussteigen.“ Zu Minister Kamm, der einen zu gemäßigten Eindruck macht, sage ich, daß ihn mitaussteigen. Die ewigen Demissionen dieses Herrn ermüden mit der Zeit. Wie wäre es mit F. K. Maier, der Mann gefällt mir, er war als öffentlicher Kläger zu seinem Vorgehen absolut berechtigt, daß Herr Minister Kamm die Angelegenheit der beiden Genannten sein Amt entthob.“ W.B. Karlsruhe.

„Wenn ein Abgeordneter unbedingt Politik treiben will, auch auf Kosten der Prinzipien der Demokratie, dann ist er untragbar. Ich erinnere an den Satz: „Da beschloß ich, Politiker zu werden.“ Der Preis war zu hoch! Deshalb, bitte, neue politischen Parteien auf Grund der Anklage der beiden Genannten sein Amt entthob.“ R., Karlsruhe.

Donnerstag auf einer Konferenz von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Delegierten der SPD Mannheim gefaßt wurde.

Die Weihnachtsamnestie

Stuttgart, 7. Febr. (dena) Die Spruchkammern haben nach einer vom württembergisch-badischen Beauftragtenministerium am 5. Februar erlassenen Verordnung zur Durchführung der Weihnachts-Amnestie die Verfahren einzustellen, wenn der Betroffene nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme im schriftlichen Verfahren oder auf Grund mündlicher Verhandlung nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen, Belasteten oder Minderbelasteten einzuordnen ist.

Fällt der Betroffene nicht unter die Klasse I und II der Anhangs zum Befreiungsgesetz und besteht auf Grund des Ergebnisses der Ermittlungen des öffentlichen Anklägers kein hinreichender Verdacht, daß der Betroffene entweder Hauptschuldiger oder Beihilfer ist, so hat, wie es in der Verordnung weiter heißt, der öffentliche Ankläger keine Klage zu erheben, oder er muß ein bereits eingeleitetes Verfahren einstellen. Wenn der Betroffene bereits in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft ist, so hat der öffentliche Ankläger die Entscheidung zur Befreiung gemäß Artikel 82 die Entscheidung zur Befreiung und Einstellung des Verfahrens vorzulegen. Die Inzwischen von den Betroffenen bereits erfüllten Sühnelieferungen und bezahlten Verfahrenskosten werden nach der Verordnung nicht erstattet.

Diese Bestimmungen gelten für Personen, deren steuerpflichtiges Gesamteinkommen weder im Kalender 1943 noch im Jahre 1945 den Betrag von 3.000 Mark überschritt und deren Vermögen am ersten Januar 1945 den Betrag von 20.000 Mark nicht überstieg, ferner für Körperbeschädigte, die zu fünfzig und mehr Prozent als versehrt gelten und vier Versahrestufen zwei, drei und vier angehören. Unter das Beschäftigungsverbot des Artikels 88 fallen diese beiden Personengruppen nur dann, wenn sie zu den Klassen I oder II des Anhangs zum Befreiungsgesetz gehören.

Kritik unserer politischen Methoden

Stuttgart, 7. Febr. (Eig. Bericht) Professor Pollock, der politische Berater General Clay's, und deutschen Journalisten über Fragen, die augenblicklich im Brennpunkt des Interesses stehen. Zum Denazifizierungsgesetz erklärte er, daß er die getrennte Denazifizierung für eine unglückliche Lösung ansehe, unter der besonders die Deutschen der US-Zone zu leiden hätten. Das Kontrollratsgesetz Nr. 24 sei ein Versuch, eine einheitliche Denazifizierungspolitik durchzuführen, jedoch betone auch dieses Gesetz, daß Einzelheiten von den Zonenkommandeuren geregelt werden müßten. Dadurch entstehen zwangsläufig unterschiedliche Beurteilungen in den einzelnen Zonen.

Auf die Frage eines deutschen Journalisten, ob sich Anträge auf Ministerpräsidenten bereits einen Angriff auf eine werden, antwortete er, stelle, antwortete Professor Pollock: „Das Entstehen

„F. K. Maier contra Dr. Maier“

Noch einige Zuschriften — Das Ergebnis unserer Leserumfrage: 75:25 %

„L.H., Karlsruhe.“

„Die kritische Feststellung der Bevölkerung bezüglich Dr. Maier und Simpfendorfer kann wie folgt wiedergegeben werden: Wer vor 1933 an der Tete war, sich nachher bis 1945 wieder halten konnte und anschließend sofort wieder oben Wechsel bedenkenlos übernahm, wäre sie noch so reaktionär, zur Verfügung stellen.“ Dr. Maier und Simpfendorfer müßten ihre Ämter bis zur Klärung ihrer Belastung niederlegen. Sofern das selbst nicht tun, müßten sie von ihren politischen Parteien zurück veranlaßt werden.“ Am ungünstigsten hat Herr Kamm gehandelt, als er den öffentlichen Ankläger Maier seines Amtes entthob.“ O.R., Karlsruhe.

„Auch jetzt ist es noch Zeit, für die Herren, abzutreten, wenn sie das Ansehen des anständigen Teiles von Deutschland nicht für immer vor dem Ausland unterstellen wollen.“ O.R., Karlsruhe.

„Schon allein die Tatsache, daß beide dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, wodurch viele Volksgenossen für Hitler stimmten, ist schon belastend genug, um sie unbedingt verurteilen zu müssen. Falsch ist, daß man den öffentlichen Kläger auf Grund der Anklage der beiden Genannten sein Amt entthob hat.“ A.S., Karlsruhe.

„Wenn ein Abgeordneter unbedingt Politik treiben will, auch auf Kosten der Prinzipien der Demokratie, dann ist er untragbar. Ich erinnere an den Satz: „Da beschloß ich, Politiker zu werden.“ Der Preis war zu hoch! Deshalb, bitte, neue politischen Parteien auf Grund der Anklage der beiden Genannten sein Amt entthob haben!“ W.B., Karlsruhe.

„Die Männer, die damals Hitler zur Macht verholfen haben, dürfen beim Neuaufbau Deutschlands keinen entscheidenden Einfluß haben.“ R., Karlsruhe.

von öffentlichen Klagen und Gegenklagen ist ein Bestandteil des demokratischen Lebens und es bereitet keine Sorge, daß dieses Hin und Wiedergelassen ist notwendig, um eine klare Lage zu schaffen, und so weit als möglich mit Hilfe der Presse ein klares Bild der Sachlage zu erreichen. Es muß dabei natürlich eine gewisse Würde gewahrt bleiben.

In Bezug auf den Stand der Demokratisierung des deutschen Volkes äußerte sich Mr. Pollock durchaus gegenseitlich zu der Auffassung des Internationalen Komitees. Ueber einen Punkt herrsche in den Vereinigten Staaten jedoch noch Sorge, und das sei das Wiederanstehen eines gewissen Nationalismus. Es gäbe gewisse politische Parteien und Politiker, die wieder das gleiche Lied anstimmten, das man in Amerika schon lange vorher gehört habe.

Um einen neuen Regierungstyp zu schaffen, bedürfte es auch eines neuen Bürgertyps, der für diese Regierung einstehe. Es müßten bewußte Bürger geschaffen werden, die sich eine demokratische Regierung selbst wählen. Vor allen Dingen in politischen Kreisen werde manchmal übersehen, daß es etwas anderes ist, ob man Politik in einer Demokratie oder in einem nichtdemokratischen Staat mache. Mr. Pollock betonte, daß sich seine Befürchtungen nicht nur auf das Aufsteigen einer gewissen Bürokratie, sondern auch auf die Entwicklung in gewissen Parteien bezögen. Er schloß sich manche Tendenzen zu entwickeln, die mit der Schaffung einer demokratischen Regierungstyp nicht im Einklang stünden.

Papen wird empfindlich

Nürnberg, 7. Febr. (dena) „Wir lassen es nicht mehr, dazu kommen, daß die Richter wie nach den Prozessen von 1919 schließlich selbst auf der Anklagebank sitzen. Angriffe auf die Kammer werden nicht geduldet“, rief der Vorsitzende der Sonderspruchkammer in Nürnberg, Landgerichtspräsident Camill Sachs, in der Mittwoch-Sitzung von Papen zu.

Papen erklärte zitternd vor Erregung dem Spruchkammer-Kollegium, er habe in seinem Verfahren das letzte Wort gesprochen, da man seine Wahrhaftigkeit angezweifelt habe.

Milchs „Jägerstab“

Nürnberg, 7. Febr. (dena) In der Donnerstag-Sitzung des Prozesses gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall Milch erklärte der Entlastungszeuge Fritz Schmeißer, ehemaliger Ministerialdirigent im Rüstungsministerium. Milch habe an den ersten Sitzungen des „Jägerstabes“ regelmäßig teilgenommen und habe sich besonders dafür eingesetzt, daß für das Jägerprogramm möglichst viele Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Dazu verlas der Anklagevertreter eine Rede Saukels, in der zum Ausdruck kommt, daß besonders in Frankreich die Methode des „Shanghaierens“ zur Anwerbung von Arbeitern angewandt wurde.

Von einem vom Gerichtshof bestimmten Komitee sagte der frühere Minister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, aus: Milch sei an der Vorbereitung des Krieges gänzlich unschuldig und habe im Gegenteil Informationen über Erfindungen der deutschen Luftwaffe und vorgenommene Verbesserungen an ausländische Luftwaffenschwerstände weitergegeben.

Verfahren gegen Keitel Sohn

Ueber den Sohn des ehemaligen Generalfeldmarschalls Wilhelm Keitel, Oberstleutnant und SS-Sturmabführer a. D. Karlheinz Keitel, geb. 2. Januar 1914 zu Wolfenbüttel, ist das Ermittlungsverfahren zur Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 eingeleitet worden.

Ehemalige Angehörige von Wehrmacht und SS-Einheiten, die dem Genannten unterstellt waren und alle Personen, die über eine nationalsozialistische, militaristische oder rassentheoretische Betätigung des Betroffenen Mitteilung machen können, werden gebeten, diese an den öffentlichen Kläger Alfred Nickel bei der Spruchkammer Darmstadt-Lager einzusenden. (dena)

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 7. Februar (dena)

Damhus Josef 23, 9, 22, Damm Gert 13, 7, 14, Damm Johannes 27, 1, 07, Damm Paul 15, 1, 05, Damm Walter 21, 6, 12, Eblich Karl 5, 8, 07, Eble Karl 19, 8, 05, Eber Adam 24, 11, 20, Eber Anton 18, 6, 04, Fandrey Gerhard 12, 7, 25, Fangler Karl 7, 1995, Fangmann August 2, 2, 07, Fanghori Otto 18, 6, 07, Gammeln Arnold 11, 4, 28, Gammell Georg 17, 3, 06, Gammeln Otto 12, 12, 09, Gamperteder Jan 6, 12, 09, Habich Alois 1, 2, 08, Habl Albert 5, 7, 27, Panknin Herbert 20, 3, 18, Panknin Konrad 21, 5, 08, Ramlow Kurt 24, 4, 04, Ramm Ernst 13, 9, 01, Ramm Kurt 4, 10, 04, Rammmin Heinrich 18, 7, 26, Ricolowicz Kurt 28, 12, 07, Salin Karl 16, 09, Saltz Herbert 3, 11, Saltz Erwin 19, 1, 17, Schafer Artur 21, 4, 12, Schafer Bernhard 26, 8, 26, Schafer Berthold 9, 7, 24, Schafer Czeslaw 12, 12, 09, Stamm Alfred 14, 8, 25, Stamm Will 21, 2, 06, Stamm Alfons 24, 9, 15, Stamm Arthur 7, 3, 06, Tautz Ernst 28, 12, 09, Tebbe Gerhard 17, 2, 14, Tech Otto 20, 12, 04, Teews Friedrich 27, 3, 05, Ulrich Fritz 17, 8, 10, Ulbrich Gerhard 4, 4, 29, Ulbrich Gottfried 24, 8, 23, Veresch Nikolai 24, 8, 23, Veresch Fritz 26, 12, 27, Veresch Martin 19, 4, 06, (Forts. in nächster Nummer)

Von Unbekannt an Unbekannt

Ein Privatbrief aus England

Liebe Frau Maier!

Durch die „Rettung-Europa-Gesellschaft“ bekam ich Ihre Adresse, weil ich nachgefragt hatte, ob sie meiner Frau und mir die Adresse einer deutschen Familie geben könnte, der man helfen kann.

Vielleicht wundern Sie sich darüber, daß ich das tun will, ganz besonders, da ich in Coventry lebe! Vor dem Kriege habe ich viele Länder bereist und ich weiß daher, daß die einfachen Leute in jedem Lande ziemlich dieselben sind. Niemals sind es diese Menschen, die einen Krieg beginnen, denn sie alle wollen nur das eine: Frieden und Wohlstand.

Aus diesem Grunde tadle ich die Deutschen nicht des Krieges wegen — obwohl sie böricht waren, Hitler zu unterstützen — weil ich überzeugt bin, daß sie nicht wissen konnten, daß Hitler so viele Lügen erzählen würde. Weder der Durchschnittsgländer noch der Durchschnittsdeutsche konnten voraussehen, was geschehen würde.

Bitte, glauben Sie mir, wenn ich sage, daß die meisten Leute in diesem Lande denken wie ich, und daß sie gerne helfen würden, wenn es möglich ist. Unglücklicherweise ist es nicht ganz so einfach, das zu tun, was ich Ihnen in England schwer zu haben sind. Wenn es aber irgend etwas gibt, das Sie besonders dringend brauchen, und wenn man das verschicken kann, so wollen wir unser Möglichstes tun.

Das freie Wort

Herr August Kapp, Karlsruhe-Kleinlingen, Rheinbergstr. 22, schreibt uns: Mit der „restlosen“ Klärung durch das Wirtschaftsamte auf meine Anfrage in den Jahren von 1. 2. 1947 kann ich mich nicht ganz zufrieden geben, denn die wesentlichen Dinge sind durch dieses Dementi eben nicht geklärt. Denn:

1. Wann setzte die Zwangsbewirtschaftung von Konservendosen ein? Meines Wissens sofort nach Aufnahme der Tätigkeit des Komm. Leiters, Herrn Chimowicz im November 1946. Ich aber habe Vorgänge bis in die jüngste Zeit im Amt. Wie wurde die Erwidrung des Wirtschaftsamtes wurde die Frage der Blankobezugscheine mit keinem Wort gestreift. Ist es vielleicht dieser Behörde unangelegen, nach solchen Dingen in aller Öffentlichkeit gefragt zu werden? Der normale Sterbliche muß sich den Gedanken machen, daß es ein solches Papierchen anstehen und Herr Chimowicz trägt diese seitene Dose bündelweise und noch dazu blanko in der Tasche herum!

3. Noch eine Frage bleibe zu klären: Kann man auf solche Blanko-Bezugscheine auch noch andere Raritäten außer Konservendosen beziehen und ist dies vielleicht auch geschehen?

4. Der Ruf der Badischen Blechpackungswerkes liegt dadurch, daß man „Ausschuldlosen“ seinen Blicken freudlich gegenüber bestimmt nicht besser, denn das sie einzumachen hat, nicht in „Ausschuldlosen“ konservieren kann, ich halte es außerdem volks-wirtschaftlich für äußerst unvernünftig, wenn für die Konservenfabriken als ungeeignet angesehen wurden, nun plötzlich den Kleinverbraucher in die Wirtschaft einleitet werden. So viel Fachwissen müßten dazu zusetzen werden. Sind dem Wirtschaftsamte eigentlich auch besitzen. Sind dem sogenannten „Ausschuldlosen“ auch billiger? Denn das müßten sie nach den Preisvorschriften doch wohl sein!

Bevor diese von mir aufgeworfenen Fragen nicht tatsächlich einwandfrei geklärt sind, kann der Fall des Blechpackungswerkes nicht einfach mit einem lauen Kommentar ad acta gelegt werden. Ich bitte das Wirtschaftsamte um präzise Stellungnahme vor der Öffentlichkeit, die an diesem Fall lebhaft interessiert ist.

Vom Wirtschaftsamte wird geschrieben:

„Unter Berufung auf die Demokratie und auf „gleiches Recht für Alle“ Bernhard Schmidt, Daxlanden, Krämerstraße 15, eine öffentliche Beschwerde gegen das Städt. Wirtschaftsamte vor. Darin gegenüber der Gruppe Brenholz zur Zuteilung von Brenholz für Hausbrand vorgeworfen.“

Es ist vollkommen abwegig, nur die Zuteilungsmengen des 3. Autruts miteinander in Vergleich zu stellen. Tatsache ist, daß die Gruppe A (ein und zwei Personen) bis jetzt in den drei Autruts in 15 Zentner und die Gruppe C (von sechs Personen bis 12 Zentner) in 12 Zentner Holz bekommen. Wenn schon Betrachtungen angestellt werden, dann unter Zugrundelegung dieser Zahlen. Alles an dem, was dem Wirtschaftsamte zugeflogen ist, ohne Wert. Herr Schmidt meint, es sei keine gerechte Verteilung, wenn 2 Personen zwei Zentner Holz und 10 Personen schon fünf Zentner Holz bekommen. Wenn diese die Gruppe B Angehörigen nur drei bis vier Zentner pro Kopf erhalten haben, also ist die Gruppe A zu gut abgeteilt. Dies wäre genau so falsch wie das Rechenexempel des Herrn Schmidt.

Es gibt nur eine richtige Betrachtungsweise und die kann nur so aussehen: Das Holz ist nicht nur für Heizzwecke da, sondern auch zum Kochen der Mahlzeiten und zur Heizwasserbereitung für die Häuser für Wärmestellen usw. Und da wird Herr Schmidt, wenn er soziales Verlangen nach Gleichheit, daß eine mehrköpfige Familie, vor allem wenn Kinder vorhanden sind, einen größeren Verbrauch an Holzmaterial aufzuweisen wird. Von dieser Erkenntnis ausgehend hat das Lande die Berechnung für die Städte Brennstoffkarten — nach Kopfzahl gestaffelt — angeordnet. Schon allein diese Tatsache hätte Herrn Schmidt etwas stützen machen können. Sein offenkundiges Verlangen nach gleichmäßiger Brennstoffzuteilung für alle Haushalte ist wohl der Auslöser einer überlegenen Kritik, wobei die Berufung auf die Demokratie höchst überflüssig war.“

Zur Entlassung von Kriegsgefangenen

Stuttgart, 7. Febr. (dena) Das Direktorium des Landerrates hat an die Militärregierung einen Antrag gestellt, die zur Zeit in der britischen Zone laufende Sonderaktion für die Entlassung von deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien auch auf die amerikanischen Zone auszuweiten.

Zur Begründung des Antrages hat das Direktorium des Landerrates ausgeführt: In der britischen Zone findet eine Sonderentlassung von monatlich 500 Kriegsgefangenen statt, die von den Länderregierungen vorgeschlagen werden. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die britische Regierung auch die amerikanischen Zone eine Anzahl von Kriegsgefangenen freisetzen wollte, für die jeden Monat eine bevorzugte Entlassung beantragt werden kann.

Neue Rechtsparlei

Frankfurt, 7. Febr. (ap) Eine neue rechtsgerichtete Partei in der amerikanischen Besatzungszone, die „National-Demokratische Partei“, hat von der amerikanischen Militärregierung zunächst eine Frist bis zum 15. Februar erhalten, in der sie viele Anhänger sammeln soll, daß ihre endgültige Zulassung als gerechtfertigt erscheint.

Die neue Partei bezeichnet sich selbst als den „größten Feind des Sozialismus und des Kommunismus“ und hat 3 Hauptziele: 1. ein Zweiparteien-System, 2. ein bundesstaatlich gegliedertes Deutschland mit der Hauptstadt Frankfurt am Main, 3. eine westeuropäische Föderation unter der Führung Großbritanniens.“

Ich hoffe, daß Sie mir schreiben werden

und bitte schreiben Sie in Deutsch, weil ich es übersetzen lassen kann. Es tut mir leid, daß ich selbst nicht deutsch schreiben kann und hoffe, daß Sie deshalb nicht zuviel Schwierigkeiten haben.

Sagen Sie mir bitte, wenn Sie nicht mit allem einverstanden sind, was ich gesagt habe. Ich denke oft über die Zustände in Deutschland nach und hoffe sehr, daß die Lage dort sich sehr bald verbessern wird. (spd)

Ein kaiserliches Wort

Bei der Vereidigung der Potsdamer Rekruten 1898 sagte Kaiser Wilhelm II.: „Rekruten, erinnert Euch, daß das deutsche Heer ebenso bereit sein muß, Feinde zu bekämpfen, die in Eurer Mitte entstehen können, wie fremde Feinde. Heute machen sich Unglaube und Unzufriedenheit in unerhörter Weise bemerkbar. Folglich kann ich Euch jederzeit anrufen, um Eure Verwandten, Vater und Mutter, Schwestern und Brüder niederzuschießen und niederzustecken. Meine Befehle dazu sind ausgeführt worden, wie Irgeendet anderer Befehl, den ich erlasse. Ihr müßt zur Pflicht tun, wie immer die Stimmen Eurer Herren sein mögen.“ Und nun geht nach Hause und Euren neuen Pflichten nach.“

(Entnommen aus „400 Jahre Schindluder“ von Hans Haenel, Verlag „Der Freidenker“, Berlin 1928).

Alle Kriege entstehen nur um den Besitz von Geld. Flato.

Vergiß es nicht, Kamerad

Von Helmut F. Krüger

Genau vor fünf Jahren standest du in Rußland, und es war bitter kalt. Meistens viel kälter als heute. Es ist dir wie ein Wunder, daß du das grauenvolle Martyrium dieses Winters überlebtest.

Damals, als im Zelt die eisige Kälte sich durch deine Knochen fraß, als das weiße Leuchtend dunklen Geruch und Verwesung zudeckte und du die erstarrten Finger in die Flamme des Kerzenstummels hieltest und sie erst wegzogst, als es nach verbranntem Fleisch roch, als du schweigend über unendliche Steppen und verwehte Sträucher deinen halbtoten Körper schleppstest und der erbarmslose Sturm die scharfen Kristalle gegen deine Bartstoppeln schleuderte, als du gefrorenes Brot herunterwürgtest und deine Feldflasche ein Eisklumpen war! — Was dachtest du in jenen Tagen und Nächten? „Schluß, bloß Schluß!“ dachtest du. Vergiß es nicht, Kamerad!

Als du an Brettstief gefrorenen, in unmöglichen Verrenkungen herumliegenden Freunden und Feinden auf geschwollenen Ballen vorüberhumpeltest, als die Glieder der Erfrorenen wie braune, verdorrte Aeste in bizarren Kontrast gegen das schmerzhafte Weiß abstachen, als der verwundete Kamerad im Schützenloch ausblutete und du ihm nicht helfen konntest. „A dachtest du wieder: „Schluß, bloß Schluß!“ Vergiß es nicht, Kamerad!

Und als du endlich Urlaub erholtest und du an aus Schneewehen herausguckenden Kreuzen der toten Kameraden vorüberstreichst und du im rückwärtigen Gebiet vor in Pelzen eingepackten Offizieren zähneknirschend stramm standest, da sahst du im Geiste deine Kameraden in ihren Mänteln, und dir kam die Skrupellosigkeit deiner Führer noch mehr zum Bewußtsein. „Bloß Schluß!“ sagtest du. Vergiß es nicht, Kamerad!

Und als du endlich deinen Heimatort erreichst, lagen in dem auf dem Nebengלים stehenden Lazarettzug die Rümpfe von sechs Kameraden. Sie hätten weder Arme noch Beine, sie lebten und waren doch tot. „Da dachtest du wieder: „Bloß Schluß!“ Vergiß es nicht, Kamerad!

„Und als du wieder „raus“ müdest und nicht wissen konntest, ob du noch einmal zu deiner Familie oder deiner Mutter heimkehren würdest, als im FR-Zug an dir die toten Kameraden vorüberzogen und du ohnmächtig warst, anzukämpfen gegen das, was du nicht wolltest, und dir zum Bewußtsein gekommen war, daß du zum willenlos gestempelten Werkzeug von Ignoranten und einer ergebnislosen Generalschleife geworden warst, da dachtest du wieder: „Schluß, bloß Schluß!“ Vergiß es nicht, Kamerad!

Und als du bedrückt und empört im wohligen warmen Wohnbunker des Herrn Majors standest, weil du ihm, wie mancher andere Kamerad, ein zehn Kilo schweres „Päckchen“ an die Front schleppen müdest und du deinen Auge kaum traust, als du selbst so weit vorne die unersichtliche Verpflegung sahest, als du deinem Kameraden die Größe seiner Frau überbringen wolltest und es nicht konntest weil er, wie es hieß, „für Führer und Volk erfroren“ war, da dachtest du wieder: „Schluß, endlich Schluß!“ So dachtest du vor fünf Jahren. Vergiß es nicht, Kamerad!



